



Bedauert die Aussetzung der Wehrpflicht: Franz Josef Jung.



Die Gäste des Zonentreffens des Lions-Clubs Gelnhausen im GNZ-Kultursaal.

FOTOS: FRANZ

„Nationalismus führt immer ins Elend“

Bundesverteidigungsminister a. D. Franz Josef Jung spricht beim Zonentreffen des Lions-Clubs Gelnhausen

Gelnhausen (pfz). Welche sicherheitspolitische Rolle spielt Deutschland in der Welt? Dieser Frage ging Franz Josef Jung, ehemaliger Vize-Chef der CDU Hessen und von 2005 bis 2009 Bundesverteidigungsminister, am Donnerstagabend beim Zonentreffen des Lions-Clubs Gelnhausen im GNZ-Kultursaal auf den Grund. „Am 3. Oktober feiern wir einen der glücklichsten Tage der Geschichte. Wir erreichten damals die Einheit in Frieden, ohne Blut“, sagte der 69-Jährige. Als die Mauer gefallen, der Eisener Vorhang gerissen und der Kalte Krieg zu Ende war, „gab es eine Perspektive für Frieden über Europa hinaus, doch die Realität war und ist eine andere“, betonte Jung.

Denn Kriege auf dem Balkan bestimmten die 90er Jahre. „Ohne den Eingriff der Nato hätte es dort keine Stabilität gegeben“, sagte der ehemalige Verteidigungsminister. Es habe damals große Diskussionen gegeben, ob deutsche Soldaten dort eingreifen sollten. „Bis heute ist die Bundeswehr im Kosovo stationiert. Hoffentlich ist es im nächsten Jahr so weit, dass dort selbst für Sicherheit gesorgt werden kann und wir den Kosovo verlassen können.“

Der Kampf gegen den Terrorismus begann nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Bundeskanzler Gerhard Schröder versprach den USA damals uneingeschränkte Solidarität. „Für die Bundeswehr begann in Afghanistan keine einfache Mission. Soldaten ließen dort ihr Leben.“ Jung betonte, die Bundeswehr habe das Vertrauen der Menschen am Hindukusch gewonnen, indem sie nicht nur militärisch für Sicherheit gesorgt, sondern auch Entwicklungshilfe geleistet habe. „Wir haben Schulen und Krankenhäuser gebaut. Wenn ein Flieger mit der deutschen Flagge ankam, haben die Menschen uns zugewunken.“

In Afghanistan gebe es zwar Gebiete, die heute noch gefährlich seien, aber auch eine Fläche so groß wie Deutschland, die sicher sei – auch für Abschiebungen. „Es kann nicht sein, dass SPD-regierte Bundesländer sagen, niemand wird nach Afghanistan abgeschoben,

nicht mal Gefährder. Deutsche Soldaten haben ihr Leben für die Sicherheit gelassen. Menschen, die in Deutschland eine Gefahr für die Gesellschaft sind, müssen nach Afghanistan abgeschoben werden.“

Fakt sei, so Jung, dass man terroristische Aktivitäten an der Quelle bekämpfen müsse. Er unterschreibe deshalb auch das berühmte Zitat seines Vorgängers im Amt des Verteidigungsministers, Peter Struck, dass Deutschlands Freiheit auch am Hindukusch verteidigt werden müsse. Die Terrorangriffe seien bereits um rund ein Viertel zurückgegangen. Das sei noch nicht zufriedenstellend, aber durchaus ein Erfolg.

Grenzen respektieren

Nächste Station auf Jungs Streifzug durch die Geschichte: die Krim-Krise. „Die europäische Friedensordnung bestand darin, dass Grenzen respektiert wurden. Kein russischer Soldat hat etwas in der Ukraine verloren“, bekräftigte der 69-Jährige. Sanktionen hin, Minsk-Abkommen her: Noch heute verlor in der Ost-Ukraine Menschen ihr Leben. Es sei dennoch „richtig, mit Russland im Dialog zu sein, aber die Russen müssen unsere europäische Friedensordnung auch anerkennen“, so Jung. Der Minister a.D.

verteidigte die Entscheidung, die Peschmerga im Irak gegen den IS ausgerüstet zu haben. „Der islamische Staat hat dort äußerst brutal gewirkt. Dem konnte man nicht mehr zusehen. Und obwohl es den Grundsatz gibt, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, haben wir die Peschmerga in dieser Ausnahmesituation ausgestattet und trainiert. Der IS wurde massiv zurückgedrängt.“

Mit Blick auf den Bürgerkrieg in Syrien, bei dem schon 500.000 Menschen gestorben seien, zeigte sich Jung erleichtert, dass derzeit große Einigkeit bestehe, dass die Offensive auf Idlib nicht geführt werde.

Richtig seien die Hilfseinsätze für Flüchtlinge auf dem Mittelmeer, aber gleichzeitig müsse darauf geachtet werden, wer das Recht habe, nach Europa zu kommen, und wer zurückgeführt werden müsse.

Hoffnungsvoll äußerte sich Jung mit Blick auf eine Annäherung von Nord- und Südkorea. Was den Iran betrifft, müsse alles daran gesetzt werden, dass das Land keine Atombomben bekomme: „Sonst wollen die Staaten drumherum diese Waffen auch“, argumentierte der Christ-

demokrat. Mit Blick auf die vielen Krisenherde und gestiegenen Anforderungen wie Cyber-Sicherheit bedauerte Jung, dass die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt wurde. „Die Wehrpflicht hat keinem geschadet. Zudem kam ein Potenzial in die Bundeswehr, das wir in einer Freiwilligen-Armee nicht bekommen. Und der Zivildienst hat der Gesellschaft auch geholfen.“ Jung kritisierte in diesem Zusammenhang die Medien: Über Erfolge der Bundeswehr werde zu wenig berichtet. „Dass wir zum Beispiel die Wahlen im Kongo abgesichert oder Piraterie vor der Küste Somalias erfolgreich bekämpft haben, ist nicht

wahrgenommen worden. Wenn Soldaten fallen, wird darüber aber groß und breit berichtet.“ Betroffen mache ihn, wenn despektierlich über die Bundeswehr gesprochen werde. „Die Soldaten sind bereit, ihr Leben für unsere Sicherheit einzusetzen. Sie haben unseren Dank und unsere Unterstützung verdient.“

Zudem müsse die Regierung bereit sein, finanziell mehr zu investieren. Derzeit entsprächen die Verteidigungsausgaben lediglich 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.



Wir brauchen wieder mehr Empathie für Europa.

Franz Josef Jung

Franz Josef Jung im Gespräch mit der GNZ über ...

... die Türkei und Erdogan: „Die Türkei muss als Mitglied der Nato auch für die Werte Demokratie und Freiheit stehen, darauf müssen wir massiv drängen. Wie dort nach dem Putsch der Rechtsstaat ausgehebelt wurde, ist nicht zu akzeptieren. Dass viele Türken in Deutschland beim Referendum für Erdogan gestimmt haben, enttäuscht mich persönlich. Aber es ist eine Gratwanderung: Außenpolitisch brauchen wir die Türkei,

zum Beispiel als strategischen Faktor in Syrien.“

... die Situation in Syrien: „Es ist dramatisch, wie Assad gegen sein eigenes Volk vorgeht. Ich hoffe, dass es dort Frieden und eine Lösung ohne Assad geben kann.“

... die Verantwortung Europas: „Europa muss sicherheitspolitisch handlungsfähiger werden. Die USA kann nicht die Weltpolizei spielen, auch wir müssen Verantwortung

übernehmen.“

... den Umgang mit der AfD: „Die AfD tut so, als wären Flüchtlinge der Untergang der Republik. Dabei ist das im Bewusstsein der Menschen längst nicht mehr das zentrale Thema. Aber die Union und die Große Koalition betreiben mit ihren Diskussionen das Geschäft der AfD, wir geben ihr das Futter. Es gibt andere Themen, die die Menschen bewegen.“

... den rechten Auf-

wind im Osten Deutschlands: „Die DDR hat sich inhaltlich nie mit dem Nationalsozialismus auseinandergesetzt, es herrscht dort eine andere soziologische Situation. Wir müssen deutlich machen, dass die Mehrheit anders denkt.“

... die Causa Maaßen: „Hans-Georg Maaßen ist ein qualifizierter Beamter, aber mit dem Interview in der ‚Bild‘-Zeitung hat er sich ein Stück weit selbst disqualifiziert. Bei mir hätte es gehei-

ßen: Entweder Maaßen entschuldigt sich, oder es hat Konsequenzen. Es sind schon Menschen wegen weniger zurückgetreten.“

... die Zukunft der Großen Koalition: „Ich glaube, dass die GroKo hält. Aber die aktuellen Werte der SPD sind dramatisch. Es kann uns nicht recht sein, wenn die Volksparteien nicht stabil sind. Das bedeutet immer mehr Zersplitterung, das ist keine gute Entwicklung.“

Jungs Nachfolger Karl-Theodor zu Guttenberg habe 8 Milliarden Euro eingespart – „ein Fehler“. Aber es sei nicht nur mehr Geld nötig, auch die Effektivität müsse erhöht werden. Das betreffe ganz Europa. Trotz 200 Milliarden Euro Rüstungsausgaben gebe es weiterhin kein europäisches Hauptquartier, keine einheitliche Ausrüstung. Die USA sei Europa da weit voraus. „Wir müssen die Sicherheit mit einer gemeinsamen EU-Politik wahren, das ist die Grundlage für eine friedliche Entwicklung in Europa“, sagte Jung.

Oft in Sorge um Europa ist der 69-Jährige wegen nationaler Strömungen, die sich immer weiter ausbreiteten. „Nationalismus hat immer ins Elend geführt.“ Jung zitierte den ehemaligen französischen Staatspräsidenten Charles De Gaulles: Patriotismus ist die Liebe zu den Seinen, Nationalismus der Hass auf die anderen. „Wir brauchen wieder mehr Empathie. Wer Zweifel an Europa hat, soll Soldatengräber besuchen.“ Dem Rückfall in den Nationalismus müsse man wirkungsvoll entgegenreten.

Drückt Donald Trump den „Roten Knopf“?

Im Anschluss richteten die Mitglieder des Lions-Clubs Gelnhausen und von befreundeten Clubs, die der Einladung gefolgt waren, noch Fragen an den Ex-Verteidigungsminister. Jung teilte die Einschätzung aus dem Publikum, dass ein militärischer Eingriff immer das letzte Mittel sein dürfe. Vorher müsse alles für einen diplomatischen Weg getan werden. Die Gefahr, dass US-Präsident Donald Trump auf den „Roten Knopf“ drückten könnte, sieht Jung nicht. Trump entscheide einen solchen Angriff nicht alleine, auf US-Verteidigungsminister James Mattis sei zudem Verlass. Jung sprach sich dafür aus, die Außengrenzen Europas stärker zu sichern. „Sonst ziehen die Staaten auf unserem Kontinent ihre eigenen Grenzen hoch, das wäre der Zusammenfall Europas.“ Und Jung bekräftigte: „Jeder, der zu uns kommt, muss unsere Werte und unsere Kultur anerkennen. Wer das nicht will, muss woanders leben.“

Künstler geben Erlebnissen auf der Flucht Ausdruck

Ausstellung des Friedensvereins Palmyra im Main-Kinzig-Forum eröffnet / Werke sind bis 2. Oktober im Bürgerportal zu sehen

Main-Kinzig-Kreis (re). „In den Bildern dieser Ausstellung haben die Künstler ihre Erlebnisse der Flucht ausgedrückt“, sagte Erste Kreisbeigeordnete Susanne Simmler anlässlich der Ausstellungseröffnung des Friedensvereins Palmyra vor wenigen Tagen im Bürgerportal des Main-Kinzig-Forums.

Kunst als eine besondere Art der Begegnung zeigte sich bei dieser Vernissage beim fröhlichen Feiern mit Musik und Tanz, einem exotischen Buffet und vielen Gesprä-

chen. Fajer Klüh vom Friedensverein Palmyra aus Schlüchtern fasste es mit einem Augenzwinkern zusammen: „Die kulinarische Welt des Orients trifft auf Oktoberfestdekorationen.“ Überhaupt steht die Verbindung der jeweiligen Lebenswelten im Mittelpunkt – bei den tänzerischen Darbietungen des Vereins ebenso wie beim Gesang oder einzelnen Gedichtvorträgen. Im Main-Kinzig-Kreis leben 143 Nationen im friedlichen Miteinander. Wie Simmler betonte, stelle sich der Kreis der Verantwortung für eine gute Integration von Menschen mit

Migrationshintergrund. „Mit Veranstaltungen wie diesen möchten wir lebendige Plattformen schaffen, die zu gegenseitiger Toleranz beitragen.“ Sie dankte allen, die sich an den interkulturellen Wochen beteiligen und sich vielfältig vor Ort engagieren. Ihr besonderer Dank galt dem Team des Integrationsbüros.

Die Ausstellung kann zu den Öffnungszeiten des Main-Kinzig-Forums, montags bis donnerstags von 8 bis 18 Uhr und freitags von 8 bis 14 Uhr, besucht werden. Sie läuft bis zum 2. Oktober.



Susanne Simmler mit Mitgliedern des Friedensvereins Palmyra.

FOTO: RE